

mentation), mit ihrem „eltären Hochmut“ (Stadtrat Veigel) und ihrem Polit-Darwinismus bei nächtlichen Endlossitzungen in den Sektionen die alten Genossen verschrecken, so sicher ist es auch, daß Parteiführer vom Format Vogels mit ihrer treuen Anhängerschaft keine langen Märsche mehr durchhalten werden.

Auf dem letzten Münchner Parteitag stand der rednerische Glanz und der wirkungsvolle Auftritt Vogels in einem auffälligen Kontrast zu den Darbietungen seiner Anhänger aus dem Rathaus, die ihre Besonnenheit kaum zu artikulieren vermochten und der Linksriege in dieser Beziehung deutlich unterlegen waren. Die ortskundige Münchner „Abendzeitung“ staunte: „Das war politischer Schrebergarten.“

So offenbarte die Münchner Krise zugleich eine überalterte, desolante Personalsituation im Münchner Rathaus. Denn wenn Oberbürgermeister Vogel mit seiner Glocke (Aufschrift: „Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht“) seine 36 Genossen (Durchschnittsalter: 55,5 Jahre) zu einer Vollversammlung der Ratsherren zusammenklingelt, so dirigiert er alles andere als ein philosophisches Oberseminar.

Was die Räte der SPD-Fraktion im Plenum an Anträgen und Vorschlägen einbringen, stammt, so ein Genosse Stadtrat, „fast vollzählig von Vogel selber“. Vogel über sein Rathaus-Regiment: „Daß der Dr. Vogel Formulierungshilfen gibt oder das gleich runterdiktiert, ja, Entschuldigung, ist das schädlich?“

Die Mehrheit der SPD-Fraktion, vorwiegend Handwerker und kleine Angestellte, hat sich dem Diktat Vogels längst unterworfen und tröstet sich mit dem Arbeitsmotto: „Der Führer macht's schon richtig“ (Fraktions-Jargon). Nur wenige sehen noch, wie es ist: „Wir sind selber schuld, wir wurden denkfaul und haben uns in die Ecke drängen lassen“ — so ein SPD-Stadtrat.

Zu den wenigen gehört der nun als SPD-Vorsitzender in München gestürzte ehemalige Stadtschulldirektor Dr. Helmut Meyer, dem die „Süddeutsche Zeitung“ noch letztes Jahr als „besonderes Kennzeichen“ bescheinigte: „Er gehört zu den wenigen Spitzenbeamten des Rathauses, die gelegentlich auch dem Oberbürgermeister gegenüber konträre Meinungen mit Nachdruck vertreten.“

Einem anderen, heute noch amtierenden Stadtrat, dem Genossen Georg Fent, 61, der sich laut Stadtratshandbuch besonders für die „Erhaltung von volkstümlichem Brauchtum“ einsetzt, bescheinigte das gleiche Blatt, er halte seine Kollegen stets „über die Größe der in Großlappen (der städtischen Müllhalde) auftretenden Mücken und Fliegen auf dem laufenden“.

Vogel, der seine politische Karriere in der gleichen Sektion wie Fent begann, über seinen Genossen: „Der Mann ist halt eine Verkörperung dessen, was Menschen glauben, daß Sozialdemokraten tun und machen. Na, der hat halt des g'sagt, was die Leut' drückt.“

## SPD WEST-BERLIN

### Solche Sätze

West-Berlins SPD muß sich von rund hundert Genossen trennen — wenn die Sozialdemokraten in der Halbstadt wörtlich nehmen, was die Sozialdemokraten in der Bonner Hauptstadt schon vor fünf Monaten beschlossen und vor zehn Tagen — nach dem Münchner Spektakel zwischen Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel und den Jungsozialisten — bekräftigt haben: jeden aus der Partei zu verstoßen, der gemeinsame Sache mit Kommunisten und anderen Linksradikalen macht.

Ausgerechnet ein paar Tage vor der Wahl zum Abgeordnetenhaus am kommenden Sonntag droht jene Taktik zu versagen, die West-Berlins SPD bisher davor bewahrt hat, die gerade



SPD-Abweichler Wesel  
„Ich werde doch kritisieren dürfen“

an den West-Berliner Hochschulen oft durchlöcherter Grenze nach links — zu den Roten Zellen wie zur SEW (Sozialistische Einheitspartei Westberlin) — für das Wahlvolk sichtbar werden zu lassen.

Um fällige Parteiausschlüsse meist junger Genossen nicht zu einer Säuberungswelle geraten zu lassen, hatte sich die Partei in jüngster Zeit darauf beschränkt, nur gegen solche Parteimitglieder vorzugehen, die sie entweder für besonders prominent oder aber für Rädelsführer hielt.

So wurde vor anderthalb Jahren der Soziologie-Assistent Rudi Schmidt verstoßen, weil er etwa den DDR-Historiker Percy Stulz vor Wilmersdorfer Jungsozialisten sprechen ließ. Gegen 16 Jusos, die sich mit dem Soziologen solidarisiert und 13 Genossen, die dem Ost-Berliner Dozenten applaudiert hatten, wurden zwar Parteiparagrafen eingeleitet, wenig später jedoch niedergeschlagen. Ungefähr 500 SPD-Mitgliedern, die Schmidt ebenfalls unterstützt und der Partei widersprochen hatten, passierte überhaupt nichts.

So schwebt ein Ausschlußverfahren gegen den SPD-Studenten Richard Kelber, 22, weil er ein Flugblatt der SPD-nahen „Sozialistischen Hochschulguppe“ (SHG) unterzeichnete, in dem unter anderem zum Kampf gegen „die Reaktionäre in der SPD“ aufgefordert worden war. Rund 35 sozialdemokratische SHG-Mitglieder hingegen, die das Pamphlet mitentworfen hatten, blieben ungeschoren.

Nun will die West-Berliner SPD auch den linken Genossen Uwe Wesel, 38, Vizepräsident der Freien Universität (FU), loswerden, ohne zugleich eine Schar von Wesel-Anhängern zu verbannen, die sich laut Partei-Reglement ebenso schuldig gemacht hätte.

Vizepräsident Wesel, Professor für römisches, bürgerliches und Zivilprozeßrecht, hatte vor rund sechs Wochen — nach dem Verbot von drei germanistischen Lehrveranstaltungen der marxistischen „Roten Zellen“ durch Berlins Wissenschaftssenator, den SPD-Professor Werner Stein — eine „Solidaritätserklärung“ für die Rotzellisten unterschrieben. Kernsatz: Steins Verbot „steht in der antikomunistischen Tradition der SPD und zeigt deutlich die Rolle der SPD beim Abbau der demokratischen Grundrechte“.

Das Partei-Organ „Berliner Stimme“ tadelte den „Lehrer des Rechts“, er „hätte um die historische Rolle seiner Partei bei der Erringung und Bewahrung der Grundrechte in unserem Lande wissen müssen“, und forderte den „Herrn Wesel“ auf, „aus eigenem Antrieb“ das Parteibuch zurückzugeben. Sozialdemokrat Dietrich Stobbe, 32, Mitglied des Parteivorstands, bramarbasierte gar: „Um solche Sätze nicht unterschreiben zu müssen, sind viele Sozialdemokraten in die KZ gegangen oder würden wieder gehen.“

Wesel aber, Sozialdemokrat seit 1962, nahm weder seinen Partei-Abchied noch Abstand von dem roten Papier. Der 1,90 Meter große Jurist, Sohn eines Bremer Werftarbeiters, konterte vielmehr: „Ich werde doch wohl mal die Partei kritisieren dürfen, ohne gleich rauszufliegen?“ Weitere 60 Sozialdemokraten stellten sich hinter Wesel und warten nun auf ein Ordnungsverfahren. Auch Wesels Charlottenburger SPD-Abteilung Nummer 7 sah keinen Ausschlußgrund.

Der Parteivorstand in der Müllerstraße suchte nun nach einem Ausweg, und Berliner Parteiprominenz drängte den störrischen Professor, sich doch zu arrangieren. Als Wesel aber keinerlei Bereitschaft zum Widerruf zeigte, forderte der SPD-Landesvorstand letzte Woche den Kreisverband Charlottenburg auf, „unverzüglich“ ein Parteiparagrafenverfahren anzustrengen.

Weigert sich der links orientierte Kreisverband weiterhin, dem Vorstandsspruch zu folgen, muß das Berliner Parteipräsidium selber Schritte unternehmen, um den Gelehrten loszuwerden. Dann aber müßte die Parteiführung auch das tun, was sie bisher immer umgehen wollte. Dann, so Vorstandsmitglied Stobbe bekümmert, „müssen wir auch gegen alle anderen vorgehen“.